

# Das Alter weckt Ängste

Gehofft wird folglich, geistig und körperlich fit zu bleiben. Und nicht zu vereinsamen.

INGE BALDINGER

WIEN. Wie wird's mir im Alter gehen? Mit dieser Frage setzt sich ein großer Teil der Bevölkerung auseinander – und zwar intensiv. Meinungsforscher Werner Beutelmeyer spricht angesichts des riesigen demografischen Wandels gar von einem Megatrend. Sein Institut market hat 1053 Personen verschiedener Altersgruppen gefragt, welche Hoffnungen und Ängste sie mit dem Alter verbinden. Die Antwort fiel eindeutig aus: Zwei Drittel aller Befragten fürchten sich davor, zu vereinsamen. Damit gehört die Einsamkeit zu den ganz großen Sorgen.

SN-THEMA  
Pension

Überhaupt ist mit dem Alter, das gefühlsmäßig mit 80 und damit im Schnitt 20 Jahre nach dem Pensionsantritt zu beginnen scheint, viel Unbehagen verbunden. Das spiegelt sich sowohl in den größten Hoffnungen als auch in den größten Befürchtungen. Zwei Drittel fürchten sich davor, schwer zu erkranken, knapp 60 Prozent davor, zum Pflegefall zu werden. Jeder Zweite hat Angst, im Alter seinen Partner zu verlieren, knapp dahinter folgt die Sorge, dement zu werden (45 Prozent). Die Angst vor Armut im Alter reichten die Befragten erst auf Platz zehn ein (18 Prozent). Die größten Hoffnungen, die ans Alter geknüpft werden: erstens

geistig und zweitens körperlich fit zu sein. Dahinter folgen der Wunsch, in sozialer Sicherheit zu leben, und die Hoffnung, nicht auf fremde Hilfe angewiesen zu sein. Der Wunsch nach einer gesicherten Pension folgt auf Platz fünf.

„Menschen suchen Gemeinschaft“: So fasst Ex-Landeshauptmann Josef Pühringer, nun Chef des oberösterreichischen Seniorenbundes, die Ergebnisse zusammen. Genau genommen habe man es heute mit zwei Generationen von Senioren zu tun, den 60- bis 80-Jährigen, von denen der größte Teil noch sehr fit sei, und den Betagten. Auch ihre Zahl steige stark an, demnächst werde man von der Generation der 80- bis 100-Jährigen sprechen müssen. Für beide Senioren Generationen müsse es ein starkes soziales Netz geben, das sich der Staat, aber auch die Betroffenen im Fall des Falles leisten können. Pühringer in Richtung Politik: „Den Pflegeregress abschaffen allein ist zu wenig, es braucht ein umfassendes Pflegepaket.“ Und weiter: „Wir werden uns nicht ewig auf die Hilfe aus der Slowakei verlassen können, wir müssen für den Beruf werben und genug Leute ausbilden.“

Vieles an Gemeinsamkeit, so Pühringer, könnten die Seniorenorganisationen bieten. In Oberösterreich etwa seien 45 Prozent der Generation 60 plus Mitglieder in den großen Seniorenverbänden. „Und das ganz ohne Pflichtmitgliedschaft“, wie der Altlandeshauptmann anmerkte.



Menschen suchen Gemeinschaft. Das gilt für jedes Alter. Im Bild ein Hörsaal, in dem Senioren einer Uni-Vorlesung folgen. BILD: SN/DPA/FRISO GENTSCH

In Auftrag gegeben wurde die Umfrage von der Silver-Living-Gruppe: 2006 gegründet, ist sie heute Marktführer im frei finanzierten Bau von Seniorenwohnanlagen mit Betreuungsangebot. Folglich wurde auch abgefragt, wo und wie man im Alter gern leben würde. Auch hier war die Antwort eindeutig: Knapp die Hälfte gab an, in den eigenen vier Wänden bleiben zu wollen, unterstützt von mobilen

Diensten oder Familienangehörigen. Mit 32 Prozent auf Platz zwei folgen betreute Wohnformen. Wenig Freunde haben alle anderen Varianten. Nur fünf Prozent würden sich wünschen, im Alter bei den Kindern einzuziehen. Ein Altersheim würden vier Prozent bevorzugen, eine Seniorenresidenz – wohl auch wegen der befürchteten Kosten – drei Prozent. Ins Pflegeheim will erwartungsgemäß niemand.

24-Stunden-Pflege soll besser werden

## Qualität

**Volksanwalt** Günther Kräuter fordert Verbesserungen bei der 24-Stunden-Pflege daheim. Derzeit sind mehr als 750 Agenturen in Österreich tätig, die ausländische Pflegekräfte vermitteln. Die Zahl der Pflegerinnen soll nach Angaben der Arbeiterkammer bei über 80.000 liegen. Die Tendenz ist stark steigend. Verbindliche Qualitätskriterien für die Ausbildung, die Deutschkenntnisse und die Arbeitsbedingungen der Pflegerinnen gebe es aber nicht, sagt Kräuter. Bei der Volksanwaltschaft seien Beschwerden über mangelnde Qualifikation des Pflegepersonals eingegangen. Auch soll es Fälle mit gefälschten Pflegezertifikaten geben.

## Kontrolle

**Als Gegenmaßnahme** schlägt der frühere SPÖ-Politiker intensive Kontrollen der 24-Stunden-Betreuung vor. Mit unangekündigten Überprüfungen sollten sich Vertreter der Patienten-anwaltschaft oder die Hausärzte an Ort und Stelle ein Bild von der Qualität der Pflege machen. Vom Ergebnis dieser Kontrollen sollten dann die staatliche Förderung der Pflege und die Höhe des Pflegegeldes abhängig gemacht werden.

## Finanzierung

**Grundsätzlich** spricht sich Kräuter für eine jährliche Valorisierung des Pflegegeldes aus, das seit Einführung bereits einen Wertverlust von mehr als 30 Prozent erlitten habe. Der auf Altersfragen spezialisierte Soziologe Franz Kolland trat in Sachen Pflege für einen „Wohlfahrtsmix“ ein. Dieses komplexe Problem könne nur im Zusammenspiel von Staat, sozialen Dienstleistern und Unternehmen, den Angehörigen und den alten Menschen selbst gelöst werden. Die Senioren wollen sich ihre Wohn- und Betreuungsform selbst aussuchen können, betonte Kolland.

# Auf dem Weg zur Volkspension

Die FPÖ will die Mindestpension hinaufsetzen. Bereits seit Jahren werden niedrigere Pensionen verstärkt angehoben.

ALFRED PFEIFFENBERGER

WIEN. ÖVP und FPÖ sprechen bei den Koalitionsverhandlungen über eine Reform des Pensionssystems. Was auf dem Programm steht, klingt altbekannt. Das faktische Pensionsantrittsalter soll an das gesetzliche Antrittsalter herangeführt werden.

Die FPÖ drängt außerdem darauf, dass die Mindestpensionen angehoben werden: auf 1200 Euro brutto. Wobei noch unklar ist, ob alle Mindestpensionisten in den Genuss dieser Erhöhung kommen oder nur die, die eine erhebliche Zahl an Versicherungs-jahren – die Rede ist von 40 – erworben haben. Welche Variante kommt, macht bei den Kosten



„Probleme werden nur verschoben.“

Michael Christl, Ökonom

einen großen Unterschied aus. Diese liegen zwischen 20 und mehreren Hundert Millionen Euro. Derzeit beträgt die Mindestpension für eine Person 889,84 Euro pro Monat.

Der Trend, niedrigere Pensionen stärker anzuheben als höhere, existiert bereits seit mehreren Jahren. In der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch Minister Alois Stöger (SPÖ) wird dies deutlich. Die Daten des Sozialmi-

nisteriums beginnen im Jahr 2006: Damals wurde die Mindestpension um 4,1 Prozent angehoben, die Inflationsrate betrug 2,5 Prozent. Und bis heute ist das ein durchgängiges Bild: Die Politik erhöht fast jedes Jahr die Mindestpensionen deutlich stärker als alle anderen Bezüge. Die Folge: Die Unterschiede zwischen Mindestpensionen und den anderen Pensionen nehmen ab, es gibt einen Trend in Richtung Volkspension. Dies, obwohl Bezieher höherer Pensionen deutlich mehr Beiträge im Laufe ihres Berufslebens bezahlt haben.

Der Ökonom Michael Christl von der Denkfabrik Agenda Austria: „Damit wird das Versicherungsprinzip in der Pensionsversicherung ad-

absurdum geführt. Höhere Pensionen werden ständig entwertet.“ Es spreche nichts dagegen, dass die Politik etwas für Mindestpensionisten mache, dies innerhalb der Pensionsversicherung zu organisieren sei jedoch nicht zielführend und möglicherweise nicht sozial treffsicher. „Wenn bei einem Paar beide einen Pensionsanspruch haben, der eine hat eine gute Pension, der andere eine Mindestpension: Wo liegt dann der Sinn einer außerordentlichen Erhöhung der Mindestpension“, fragt Christl.

Grundsätzlich verschiebe die Politik bei der Pensionsreform die Probleme derzeit nur in die Zukunft. „Wenn das faktische Pensionsantrittsalter an das gesetzliche

angegliedert wird, dann führt das später auch zu höheren Pensionen“, sagt der Ökonom.

Die Kosten im Pensionssystem könnten nur dann sinken, wenn das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaufgesetzt wird und auch mehr Versicherungszeiten notwendig seien, um die volle Pension zu erhalten, so Christl. Aber auch die ständigen außertourlichen Anhebungen der Höchstbeitragsgrundlage in der Sozialversicherung, die von der Regierung in den vergangenen Jahren des Öfteren beschlossen wurden, haben einen ähnlichen Effekt. Sie bringen zwar kurzfristig mehr Geld ins System, langfristig steigen damit aber die Pensionen an und somit die Kosten.